

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern
Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16,
Wusterauener Straße 15.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06
Redakteur: Emil Dittmer.

Reichsaktion:
„Gesundheitswesen.“

Erscheint wöchentlich, Freitags.
Bezugspreis: vierteljährlich durch die
Post (einschließlich Bestellgeld) 30 Mark.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 3105/06

Unsere Reichskonferenz vertagt!

Der Verbandsrat hat in seiner Sitzung am 4. Februar den Beschluß gefaßt, die für den 29. April vorgesehene Konferenz der Reichsaktion Gesundheitswesen zu vertagen. Für den Beschluß lagen zwingende Gründe allgemeiner wirtschaftlicher und finanzieller Art für die Organisation vor. Wir hoffen, daß sich die eingetretenen Schwierigkeiten noch im Laufe des Jahres beheben lassen, um die für die Konferenz vorgesehene Tagesordnung erledigen zu können. Es erscheint angebracht, die in Aussicht genommene Tagesordnung schon heute, wenn auch nur kurz, zu behandeln. Dies geschieht in der Erwartung, daß die Kollegenschaft zu den Fragen Stellung nehmen kann und dem Verbandsvorstand noch Material und Anregungen zukommen läßt.

Die Konferenz sollte sich diesmal vornehmlich mit gewerkschaftlichen Fragen befassen, und zwar mit der Ausbildung, mit der Arbeitszeit und mit der Dienstbereitschaft; ferner mit dem Beamtenrecht, der sozialen und wirtschaftlichen Lage und mit der Organisation der Hebammen. Einleitend war vorgesehen, ein Referat über: „Ehrit in der Krankenpflege“ halten zu lassen. Die Ehrit, die Triebfeder aller gewerkschaftlichen Arbeit ist, wird im doppelten Ausmaße von unserer engeren Berufskollegenchaft — dem Pflegepersonal — gefordert und auch bewiesen. Wer in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, im Kampf gegen den Kapitalismus in Kollegialität und Solidarität opferwillig seinen Mann (auch als weibliches Mitglied) stehen muß, dem wird es um so leichter sein, die Wunden, die der Kapitalismus seinen Brüdern und Schwestern schlägt, durch treue Pflege lindern und heilen zu helfen.

Unsere Organisation war es, die kraft ihrer Stärke es erreichen konnte, daß der Ausbildung des Pflegepersonals von den maßgebenden Stellen größere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Die Konferenz hätte die Aufgabe gehabt, den verantwortlichen Stellen das Gewissen zu schärfen, um auf dem zögernd beschrittenen Wege nicht schon wieder Halt zu blasen. Die allgemeine reichsgesellschaftliche Regelung muß gefordert und durchgeführt werden. Fortbildung auf allen Gebieten der Kranken- und Irrenpflege, der Geburtshilfe und des Hebammenwesens ist ein unbedingtes Erfordernis. Eine zweckmäßige Aus- und Fortbildung kann aber nur erreicht werden, wenn der willige Geist durch einen ausgeruhten Körper notwendige Unterstützung findet.

Wenn die Anstaltsverwaltungen den Achtstundentag nicht in der Theorie, aber in der Praxis bekämpfen und durch endlose sogenannte Dienstbereitschaft usw. beseitigen, dann untergraben sie die Fundamente, auf denen eine wirkliche Ausbildung des Pflegepersonals gegründet sein muß. Es wird auf dem Gebiet erheblich viel gefündigt.

Bei den Beratungen im Reichswirtschaftsrat über die Regelung der Arbeitszeit sind die durch unsere Organisation aufgestellten Forderungen durch die Beauftragten des ADGB vertreten worden. Die Konferenz hätte die Forderung einer einheitlichen Regelung und ausnahmslosen Durchführung des Achtstundentages sicher unterstützt. Dienstbereitschaft über den Achtstundentag für das Personal kann nur gefordert werden, wenn die Anstaltsleitungen nicht willens oder unfähig sind, das Personal zur rechten Zeit, am rechten Ort auch voll zu beschäftigen. Das Beamtenrecht, wie es war, ist und sein soll, wäre ein sicher dankbares und ausgiebiges

Thema auf der Konferenz gewesen. Immerhin wird es nicht schaden, wenn wir noch Material sammeln, um neben den ideellen auch die materiellen Forderungen, die an die Besoldungsordnung geknüpft sind, noch wirkungsvoller zu fördern. Hier wird der engere Zusammenschluß in der Beamtenabteilung unserer Organisation, die Ausgabe der „Beamten-Gewerkschaft“, der Anschluß an den ADGB, sicher die gewünschten Erfolge zeitigen, wenn alle diese organisatorischen Maßnahmen sich der regen Mitarbeit der Kollegenschaft erfreuen.

Die soziale und wirtschaftliche Lage des gesamten, im Gesundheitswesen tätigen Personals zu schildern, hätte sich wohl als eine dankbare Aufgabe erwiesen. Leicht zu beweisen wäre gewesen, daß die Gestaltung der sozialen Lage des gesamten Personals in engstem Zusammenhang mit der Größe und Stärke unserer Reichsaktion verknüpft ist. Alle sonstigen Organisationen, einschließlich aller Beamtenvereine, waren Kugnieher unserer im Rahmen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Verein mit der freien Gewerkschaftsbewegung geleisteten Arbeit. Manches und vieles wäre noch besser gewesen, wenn wir nicht mit den Widerständen der anderen Vereine und Verbände zu rechnen gehabt hätten. Das Tarifwesen ist von ihnen bekämpft worden. Mit der Forderung nach dem Beamtenamt haben sie vergessen, auch die Macht schaffen zu helfen, die den Schäden derselben begegnen konnte. Schließlich wollen wir, Selbst-erkenntnis ist auch hier der Weg zur Besserung, zugestehen, daß auch im eigenen Lager die ethischen Grundgebote der Gewerkschaftsbewegung nicht voll erkannt und durchgeführt werden. Das „Soll“ und „Haben“ muß auch in der Reichsaktion Gesundheitswesen von jedem einzelnen ausgeglichen werden. Das „Haben“ der Erfolge wird nur dann voll in die Erscheinung treten, wenn das „Soll“ an gewerkschaftlicher Opferwilligkeit und Solidarität auch voll erfüllt wird. Im Rahmen der Gesamtorganisation ist durch unsere enge Kollegenschaft manches Ranko verschuldet.

Die Beiratsbeschlüsse (veröffentlicht in Nr. 7 der „Gewerkschaft“) sind leider mit dadurch bedingt, daß unsere Kollegen und Kolleginnen bei der Erfüllung der Beitragspflichten sich nach dem Organisationsstand umsehen, die angeblich billiger sind. Billig und gut ist ein Lockmittel für diejenigen, die nie alle werden. Diese Sorte nativer Menschenkinder eines Besseren zu belehren, ist erstes Erfordernis. Der schwerste Kampf im Gewerkschaftsleben ist die Aufklärungsarbeit. Für diese Arbeit Material zu schaffen, Waffen zu schmieden, wäre insbesondere auch Aufgabe der Konferenz gewesen. Vielleicht hätte dann auch für die Organisation der Beiratsarbeiten (dem letzten Tagesordnungspunkt) mancher schätzenswerte Fingerzeig gegeben werden können.

Die Leitung der Reichsaktion hat nun den Wunsch, daß die Kollegenschaft zu den vorstehenden Fragen Stellung nimmt und alles, was an Wünschen, Anregungen und Material für die erfolgreiche Behandlung in Betracht kommen kann, der Leitung der Reichsaktion Gesundheitswesen übermitteln. So kann die Vertagung der Konferenz das Gute zeitigen, daß alle die aufgeworfenen Fragen gründlicher und wirkungsvoller für die Tagesarbeit und auch die nächste Konferenz behandelt und gelöst werden.

Stadler, Ma...
und Spilmädchen
mädchen 37 729 bis
station 44 494 bis
n 63 888 bis 63 986
M., Frauenzugabe
922 nach dem bage-
r 2. Klasse ungefähr

am 4. Januar wurde
unser Mitgliede-
r Georg, Vorsitzender,
mund, Schriftführer,
Lohnsätze für Tarif-
haus- und Spül-
Rüchen- und Wasch-
Kellere ungeprüfte
Nachtwächter, Haus-
1997 M., Gruppe VII
Rollege Kemmer be-
Beamtenverhältnisses.

erfammlungen in de
rich und Kolleg
t scharfe Abrechnung
enburg und mit dem
Mitglieder, die sich
n, für unseren Ver-
erfreulicher, weil die
ist bei ihrer Fahne

enhausse will man in-
densterman außerhals
aloberfammlungen un-
stellen und Entzütung
in eifftimmig ange-
t gegen dieses Vor-
n in enpfter Solidari-
ollen. Im Ludwigs-
chaft treu zu unseren
nteneigenschaft zu er-

Fachabteilung für
ilt, daß er ab 20. Ja-
und den Nachdienst
einstellen mußte.

rapie und Massage-
ngskurse in der
Erfolg gehabt. Anders
haben ab 2. Januar
bungskurse in der
männliche Pflege
daß für diesen Zweck
veranstalter der Zeit-
gebefähigstenhospitäl

Bücher

Verlag, Romanbildsch-
e Kalender enthält wech-
zur Ausbildung ihrer Be-
und des medienurgischen
zu sagen. Der Schrift-
zu Berufs- und Standes-
trotz der Nicht-anzere-
ausgabe selbst abmachen.
wenn es auf Seite 208
berichtet hätte, daß
erforung erhalten haben.
nistische Organisation der
verbandes in Köln. Auf
Gruppe Hebammen an
die Hebammenchaft in
politisch beherbergt. In
eine bestimmte Zeit
berichtet und der
der Verband der
diese Fälle in
säratsrat wiederholt

O. Wusterauener Str. 16

Die städtischen Badeanstalten vor dem Ruin.

Die städtischen Badeanstalten sind in der letzten Zeit derartig unrentabel geworden, daß die Gefahr vollständiger Stilllegung bevorsteht. Die Personenzahl der Badeanstalten ist in vielen Fällen bis auf die Hälfte der Vorkriegszeit reduziert. Weitere Lohnersparnis ist kaum möglich. Bei den angestellten Beamten ist eine Verringerung des Beamtenapparats nur schwer möglich. In der Hauptsache ist der Rückgang der Besucherzahl auf die falsche Preispolitik der Städte zurückzuführen. Auch von den sozialistischen Gemeindevertretern wurde der Standpunkt vertreten, daß die Benutzungsgebühr der Geldentwertung angepaßt werden muß. Doch kann ein weiteres Anziehen der Preise nur so lange in Frage kommen, als ein wirklicher Verdienst dabei herauskommt. Nimmt die Besucherzahl mehr ab, als die Preiserhöhung ausmacht, so bedeutet das den Untergang des Unternehmens. Dazu kommt, daß einzelne Städte, welche bezüglich eng zusammenliegen, verschiedene Benutzungsgebühren erheben. Es wurden Anfang Januar 1923 an Badepreisen erhoben:

für ein	Essen:	Waldheim:	Duisburg:	Bochum:	Düsseldorf:	Dortm.
Bannenbad	240,—	100,—	160,—	100,—	200,—	200,—
Schwimmbad	158,—	80,—	160,—	90,—	150,—	150,—
Brausebad	114,—	60,—	80,—	70,—	90,—	100,—

Für die zweite Hälfte stellen sich die Preise in Essen für ein Bannenbad 500 Mk., für ein Schwimmbad 260 Mk. und für ein Brausebad 190 Mk.

Wie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird es auch in anderen Bezirken Deutschlands aussehen. Wie weit die falsche Preispolitik auf die Besucherzahl einwirkt, ergibt sich aus einer Aufstellung über die Benutzung der Bäder der städtischen Badeanstalten in Essen.

Im November 1921 wurden 30 605 Besucher der Hallenschwimmbäder, im November 1922 dagegen nur noch 14 062 gezählt. Im gleichen Zeitraum gingen die Brausebäder von 4625 auf 2247 zurück; Bannenbäder im November 1921 12 042 und im November 1922 6956. Insgesamt ging die Besucherzahl der Badeanstalten in Essen in einem Jahre um 50 Proz. zurück. Wird in Zukunft diese Preispolitik weiter getrieben, dann wird der Tag nicht fern sein, an dem auch der letzte Badegast die Anstalt meiden muß. Epidemische Krankheiten und weiteres Ausbreiten von Sickness werden unsere Volksgenossen befallen, wenn die hygienischen Einrichtungen außer Betrieb kommen.

Es zeugt von Weltfremdheit, wenn ein Vertreter der Stadtverwaltung Essens erklärt, daß ein Bannenbad nur um das 500fache gestiegen sei gegenüber anderen Artikeln, die das Tausendfache und mehr der Friedenspreise erreichen. Den Stadtverwaltungen dürfte nicht unbekannt sein, daß Löhne und Gehälter auch nicht das Tausendfache der Vorkriegszeit erreicht haben. Es läßt sich leicht nachweisen, daß sich im Jahre 1922 die Lebenslage der arbeitenden Klasse um ein Drittel verschlechtert hat. Das Einkommen wird heute gebraucht für Ernährung und Wohnung. Die Körperpflege wird auf das mindeste beschränkt. Dieses muß zum Verfall der Volksgesundheit beitragen. Die Stadtverwaltungen sind dann gezwungen, Mittel für Krankenhauszuschüsse, Armen- und Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen. Es heißt daher, dafür Sorge zu tragen, soweit es möglich ist, die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten. Hierfür sind die Badeanstalten ein wichtiger Faktor.

Es wäre notwendig, aus öffentlichen Mitteln den Betrieb der städtischen Badeanstalten aufrechtzuerhalten und technisch auszubauen. Wir schlagen deshalb vor: 1. Die Leistung von Zuschüssen aus den Mitteln für Wohlfahrtsanstalten. 2. Lieferung von Wasser, Gas, Elektrizität und Kohlen zum Selbstkostenpreis. 3. Zentraler Einkauf für alle städtischen Betriebe. 4. Zuschußleistung an die Badeanstalten durch die Krankenkassen. 5. Einführung eines verbilligten Sonder tariffs für die Anfuhr von Heizmaterial durch die städtischen Fuhrparks. 6. Leitung der Badeanstalten durch einen Badefachmann unter Zustimmung der neuesten technischen Einrichtungen.

Hierdurch wird es möglich sein, die Badeanstalten für die Allgemeinheit zu erhalten. Wenn nicht noch mehr Krankheit und Elend in weite Kreise der Bevölkerung einziehen soll, wie es schon seither der Fall war, müssen unsere Gemeindevertreter alles tun, um obige Forderungen zu verwirklichen.

Mit Aufrufen an die Bürgerschaft allein ist es nicht getan. Badeanstalten sind keine gewerblichen, sondern Betriebe, die gesundheitlichen Zwecken dienen und deshalb Zuschüsse bedürfen.

Josef Dr. Lopp, Essen.

Hebammen

Berlin. Die gut besuchte und imposant vertaufene Mitgliederversammlung am 8. Februar gab den Auftakt zu den bevorstehenden Wahlen für die Hebammenstellen. Kollege Renner erklärte eingehend die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen und Wahlordnung. Insbesondere wies er auf die Bedeutung der Hebammenstellen hin. Er empfahl dringend, nur Kolleginnen in Hebammenstellen zu wählen, die auch dort für die Interessen der Hebammen eintreten. Die gewerkschaftliche Organisation hinter den Mitgliedern der Hebammenstellen stehen und durch Belehrung und Raterteilung ihre Tätigkeit unterstützen. In nächster Zeit werden in den einzelnen Bezirken noch besondere Verhandlungen abgehalten werden, in denen die Durchführung der Wahlen noch im einzelnen besprochen wird. Kollege Laßke sprach dann in Fortsetzung der Versammlung vom 7. Dezember 1922 über: Ziel unserer Ausbildung. Wir bezeichnen darüber in nächster Nummer besonders. Zum Schluß referierte Kollege Renner über die unter dem 24. Januar dem Polizeipräsidium übersandte Eingabe auf Erhöhung der Gebühren. Zurzeit ist diese vom Polizeipräsidium noch nicht verabschiedet.

Eine Hebammendemonstration vor dem Parlament ereignete sich kürzlich in Wien. Dort versammelten sich auf dem Plage vor dem Rathaus einige tausend Hebammen aus Wien und Niederösterreich für die Fertigstellung des seit dem Jahre 1919 in Verhandlung stehenden Initiativantrages auf Regelung des Hebammenwesens in Österreich einzutreten. Während der Demonstration wurde der Ringstraße an dem Parlament vorbeizog, besaß sich eine Deputation in das Parlamentsgebäude, um mit den Mitgliedern des Nationalrates Besprechungen zu pflegen. Sie sprach beim Bundeskanzler Seipel und anderen Mitgliedern der Regierung sowie bei verschiedenen Abgeordneten vor. Es wurde zugesichert, daß vom Ministerium Schlichter Besprechungen einberufen werden sollen, um über schwebende Fragen beim Hebammengesetz und der Vergebungsfrage zu beraten, damit den Verhandlungen im Unterausschuß ein Ausschuß für soziale Verwaltung die Wege geebnet werden. Inzwischen die Sitzung des Nationalrates geschlossen worden konnten sich die demonstrierenden Hebammen vor dem Parlament versammeln. Abgeordneter Forstner berichtete nun über Verlauf der Besprechung und erklärte, es sei kein Grund vorhanden, auf den Besprechungen zu zweifeln. Sollte sich aber in einiger Zeit zeigen, daß die heutigen Verhandlungen abermals greifbares Resultat gezeitigt haben, dann werden auch die Hebammen wissen, welche Sprache sie führen und was sie unternehmen müssen, um einen Erfolg bei ihren mehr als bestehenden Forderungen zu erzielen. Die Hebammen sind zur Aufrechterhaltung Volksgesundheit unentbehrlich, sie fordern nicht mehr und weniger, als daß endlich den qualitativen Verhältnissen im Hebammenberuf ein Ende gesetzt und der Stand gesetzlich geregelt werde. Hebammen streben im Interesse der Volksgesundheit eine gute Ausbildung für die Berufsberechtigten an. Demnach scheinen österreichischen Hebammen von einheitlicherem Geist befeuert zu sein als in Deutschland. Unsere Kolleginnen sollten sich hieran ein Spiel nehmen.

Aus der Praxis

Wie ermittelt man die zur Desinfektion eines Raumes erforderliche Menge Formaldehyd? Man ermittelt Länge, Breite und Höhe des zu desinfizierenden Raumes nach Metern, multipliziert die drei Zahlen miteinander und hat dann den Inhalt des Raumes in Kubikmetern. Für jeden Kubikmeter muß eine durch Erfahrung feststehende Menge Formaldehydgas verwendet werden, und zwar um soviel, je länger die Zeit, die für die Desinfektion aufgewandt werden kann. Will man die Desinfektion in 3½ Stunden beenden, so muß auf jeden Kubikmeter Raum 8 Gramm Formaldehyd = 20 Stentimeter 40 volumprozentige Formaldehydlösung oder 15,6 Stentimeter 32,8 volumprozentige Formaldehydlösung genommen werden. Bei 7 Stunden Desinfektionsdauer genügen 5 Gramm Formaldehydgas. 5 Gramm pro Kubikmeter ist das Mindestmaß nach den meisten deutschen Desinfektionsordnungen. Wohlfeilere Räume brauchen mehr Gas als leere; Decken, Teppiche, Betten und Möbelstücke, neben Möbelstücken, erhöhen weiter den Desinfektionsbedarf. — Bei Verwendung von Formalinpastillen ist zu beachten, daß jede Pastille beim Erhitzen ein Gramm 100prozentiges reines Formaldehyd liefert; sie entspricht 2% Gramm wässriger Formalin von 40 Volumprozent. Demnach sind zu verwenden bei 7stündiger oder 5 Pastillen pro Kubikmeter Raum bei 3½stündiger Desinfektionsdauer. Für amtliche Desinfektionen soll im allgemeinen flüchtiges Formaldehyd verwendet werden, wie auch die Desinfektionen nur von Kollegen ausgeführt werden dürfen, die im Besitz des staatlichen Prüfungsdiploms als Desinfektor oder die amtliche Desinfektion unter Leitung eines verantwortlichen Arztes vorgenommen wird.

• Aus unserer Bewegung •

Mitteldeutschland. Zum Bezirksamtsvertrag für das Personal der Krankenhäuser, Versorgungsheime, Landesheil- und Pflegeanstalten werden für die Zeit vom 1. bis 28. Februar 1923 folgende Löhne festgesetzt:

Table with columns for Berufsgruppe, Dienstjahre, and Ordstaffe (A-E). It lists wages for various groups including Oberpfleger, Heilerinnen, Hebammen, etc.

Zulagen gemäß § 4 des Bezirksamtsvertrages. Oberpflegerinnen und Wäscheschleiferinnen in Aufstellungsstellen erhalten 2 Proz. Zulage zu den Lohnlagen ihrer Lohngruppe. Das Hausstandsgeld beträgt 20 M., die Kindererziehung 20 M. pro Stunde. Abzüge für freie und teilweise Station sind nach § 8 ff. des Bezirksamtsvertrages festzusetzen.

9. Dienstjahre um je 4806 M.; Lohngruppe 2 Anfangslohn 73 221 M., Steigerung um je 4575 M.; Lohngruppe 3 Anfangslohn 69 636 M., Steigerung um je 4855 M.; Lohngruppe 4 Anfangslohn 68 888 M., Steigerung um je 4275 M.; Lohngruppe 5 Anfangslohn 68 887 M., Steigerung um je 3681 M.; Lohngruppe 6 Anfangslohn 66 091 M., Steigerung um je 3504 M.; Lohngruppe 7 Anfangslohn 58 412 M., Steigerung um je 3839 M.; Lohngruppe 8 Anfangslohn 49 920 M., Steigerung um je 3120 M.; Lohngruppe 9 Anfangslohn 48 920 M., Steigerung um je 2934 M. — Frauen, die nur stundenweise beschäftigt werden, erhalten einen Stundenlohn von 306 M. in Ortsklasse A und 300 M. in Ortsklasse B. Von den vorstehenden Löhnen gilt ein Drittel als Feuerungszuschlag. Ueberzählarbeit pro Stunde in den Ortsklassen A und B für männliches Personal 500 resp. 548 M., für weibliches 412 resp. 404 M. Für die Gewährung von Beförderung sind in Anrechnung zu bringen in Ortsklasse A 31 824 M., in Ortsklasse B 31 200 M. monatlich. Der Frauenaufschlag beträgt monatlich 7072 M., für die Stunde 34 M. Der Kinderzuschlag beträgt für jedes unterhaltsberechtigende Kind 6656 M. für den Monat, für die Stunde 32 M. Im übrigen bleibt der Lohnstarif vom 19. Januar 1923 in Kraft.

Heimkehrerlager des Deutschen Roten Kreuzes. Der erste Manteltarif für das Personal der Heimkehrerlager war am 31. Dezember 1922 abgelaufen. Der gemeinsamen Arbeit der beteiligten Organisationen, einschließlich unseres Verbandes, gelang es, am 29. Januar d. J. einen neuen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, der rückwirkend ab 1. Januar in Kraft tritt und dessen Dauer vorläufig wieder für ein Jahr vorgezogen ist. Beim Abschluß des neuen Tarifs ist es gelungen, einige wesentliche Verbesserungen besonders für das weibliche Personal zu erreichen. Während sich bisher bei den weiblichen Angestellten bei in den einzelnen Gruppen vorgezogene Gehaltsjahre um 10 Proz. verminderte, beträgt der Differenzsatz zwischen Männer- und Frauenlohn nach dem neuen Tarif nur noch 7 1/2 Proz. Die Bestimmung, daß die staatlich geprüften Fürsorgerinnen und Schwestern, Sekretärinnen in Betreuungsstellen und perfekte Stenotypistinnen die vollen Sätze der in Frage kommenden Vergütungsgruppen erhalten, bleibt nach wie vor bestehen. Die Bestimmung über die Gewährung von Kinderzulagen ist erweitert worden. Während die Kinderzulage bisher nur bis zum vollendeten 16. Lebensjahre gewährt wurde, wird sie nach dem neuen Abkommen bis zum vollendeten 21. Lebensjahre gewährt. Auch zwar für Kinder, die infolge Ausbildung zu einem Beruf oder wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen kein eigenes Einkommen haben. Die Verheiratemulde hat eine Einschränkung dadurch erfahren, daß sie den verheirateten männlichen Arbeitnehmern nur noch gewährt wird, sofern die Ehefrau nicht in demselben Betriebe erwerbstätig ist. Die Urlaubszeiten sind unverändert geblieben. Die Ablösung des Urlaubs durch Gehaltsfähigkeitsurlaub ausdrücklich als unzulässig erklärt. Ausscheidende Arbeitnehmer haben denjenigen Teil des Urlaubs zu beanspruchen, welcher ihrer Beschäftigungszeit innerhalb des Kalenderjahres entspricht, ausgenommen in Fällen der Entlassung auf Grund des § 626 BGB. Für die Kündigung des Personals gelten die gesetzlichen Bestimmungen, jedoch ist das Dienstverhältnis nach einer Dienstzeit von 6 Monaten nur mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende und nach einer Dienstzeit von 2 Jahren nur mit einer Frist von 6 Wochen zum Monatsende kündbar. Neu ist auch die Bestimmung, daß im Falle einer Krankheit das Gehalt bis zur Dauer von mindestens 6 Wochen weitergezahlt wird. Die Anrechnung des Krankengeldes erfolgt erst nach einer Krankheitsdauer von vierzehn Tagen. Neben dem Manteltarif hat auch der Vergütungstarif einige Änderungen erfahren. Die Gruppe I fällt fort. Die bisher nach der Gruppe I Entlohten sind in die Gruppe II eingereiht worden. Dagegen wurden die Fürsorge- und Krankenschwestern, Hebammen und Kinderärztinnen in die Gruppe IV und die leitenden Schwestern in die Gruppe V eingereiht. Der neue Tarifvertrag ist ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Es wird Aufgabe der Mitglieder unseres Verbandes sein, überall für seine volle Anwendung einzutreten.

Die Mitteldeutsche Landeskonferenz der Section Gesundheitswesen am 4. Februar in Magdeburg war besetzt von Delegierten und Ouleitern aus den Gauen Erfurt, Halberstadt, Hannover, Halle und Magdeburg. Kollege Reifert-Magdeburg berichtete über den Stand der Befolungsordnung und die Verhältnisse in den Provinzialanstalten. Danach richteten sich die Gehaltsätze der Beamten genau nach den staatlichen Sätzen, doch ist in die ersten sieben Gruppen der Befolungsordnung immer noch eine a-Gruppe eingereiht. Gefordert wird die Aufhebung der a-Gruppen und die Eingruppierung des Pflegepersonals in die Gruppen II bis V der Befolungsordnung. Für 117 Pfleger und Pflegerinnen der Landesheilstätten, davon allein 90 in Lichtspringe, wurde die staatliche Anerkennung erzielt. Der Wunsch des Personals geht dahin, für die Provinzialanstalten eine eigene Pflegekategorie zu errichten, die dem Personal die Möglichkeit gibt, die staatliche Anerkennung zu erwerben. Ueber Lohn- und Tarifpolitik berichtete dann Kollege Wachtenandt-Magdeburg. Besondere Schwierigkeiten machten sich bei der Festsetzung der Löhne für das weibliche Personal bemerkbar. Diese sind durch den Tarif erheblich gesteigert worden.

ausere Mitglieder... den besprechenden... nener erläuterte... ungen und die... eutung der Heb... Kolleginnen in die... die Interessen der... Organisation wird... en und durch Be... igen. In nächster... ondere Versamm... ührung der Wahl... hte sprach dann... 1922 über. Das... in nächster Num... e Renner über... überlandte Eingabe... vom Volkstrepf...

ament ereignete sich... em Plage vor dem... nd Niederösterreich... 19 in Verhandlung... ebammenwesens in... ationszug über die... sich eine Deputation... ern des National... beim Bundeskongreß... sowie bei verschied... dah von Minister... sollen, um über die... der Verstorbenen... Unterausschuß und... ebnet werden. Da... glossen werden mo... vor dem Parla... olete nun über da... in Grund vorhanden... Sollte sich aber noch... ndern abermals ein... rden auch die Heb... was sie unternehmen... beschiedenen Forde... Aufrechterhaltung der... ist mehr und nicht... issen im Hebammen... geregelt werde. Die... dheit eine gute W... einnach scheinen die... Geist besteht zu sein... sich hieran ein Be...

es Raumes erford... ge, Breite und Höhe... n, multipliziert die... halt des Raumes in... durch Erfahrung fest... den, und zwar um so... n aufgewandt werden... en beenden, so müssen... adehyd = 20 Kubit... nder 15,6 Kubit... 150 Gramm Formol... Mindestmaß nach den... Müllerte Räume... , Betten und Wäsche... den Desinfektionsga... astillen ist zu be... kram 100 Prozentig... ramm wasserger... nd zu verwenden 2... Raum bei 3 1/2 Stünd... tionen soll im ab... werden, wie auch an... führt werden dürfen... als Desinfektor... nes verantwort...

Trotzdem bleibt hier noch viel zu wünschen übrig. In der Diskussion, an der sich vorwiegend die Kollegen Barth-Uchsprünge, Stücht-Halle und Schmidt-Berichow beteiligten, wurde ebenfalls die bisherige allzu niedrige Bezahlung des weiblichen Hauspersonals gerügt und gleichzeitig auf die Notwendigkeit der höheren Eingruppierung des staatl. geprüften und des dienstl. Pflegerpersonals hingewiesen. Kollege Baumbach-Nordhausen wandte sich gegen die hohen Kostabzüge im Tarif. Ueber die Beitragsfrage referierte Kollege Stierwald-Erfurt. In der Diskussion wurde allgemein anerkannt, daß die nach dem Statut vorgeschriebene Beitragsleistung notwendig ist zur perzelebten Fortführung der Organisationsarbeit. Auf Antrag des Kollegen Wächterndorf wurde die Tarifkommission auf 10 Personen eingeschränkt. Darauf referierte Kollegin Friedrich-Berlin über die inzwischen vertagte Konferenz der Reichssektion „Gesundheitswesen“ in Stuttgart.

Schließliche Provinzial-Gesundheitswesen. Die Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung haben ergeben, daß diese sich bemühen will, den durch unsern Verband, Sektion „Gesundheitswesen“, vertretenen Mitgliedern in jeder Weise gerecht zu werden. Von den Vertretern des Landeshaupmanns wurde der Abschluß eines Tarifes für das nichtbeamtete Pfleger-, Pflegerinnen- und Wirtschaftspersonal zugesagt. Für das beamtete Pflegerpersonal ist Kürzung der Arbeitszeit und Verringerung des Urlaubs zugesichert. Hier wird auf besondere Anträge hin, die durch die Provinzialverwaltung dem Provinzialausschuß von uns gestellt werden, bei der nächsten Tagung des Provinzialausschusses verhandelt. Bereits durchgeführt wurde, Aus- und Fortbildungskurse in den Irrenanstalten einzuführen. Das Personal soll in den vorgesehenen Prüfungskommissionen durch Zuwahl mit vertreten sein. Auch soll das Personal an der Aufstellung der Beiratspläne mitwirken. Eine vor diesen Prüfungskommissionen abgelegte Prüfung soll die Anerkennung als „Geprüfter“ in allen Provinzialanstalten des Reiches in bezug auf Entlohnung festlegen. Von uns wurde daran festgehalten, die staatl. Abschlußprüfung durchzuführen. Während die Auffassung des Landeshaupmanns nur Bezug nimmt auf die Prüfung oder Qualifizierung als Irrenpfleger in den Provinzialanstalten des Reiches, will der Antrag unseres Verbandes die Ausbildung in der allgemeinen Krankenpflege und Ablegung der Prüfung vor einer staatl. Prüfungskommission. Dabei wurde der Landeshaupmann auf die Behauptung des Selbstverwaltungsrechts der Provinzialverwaltung durch den beteiligten Medizinerrat als Staatskommissar hingewiesen. An der Stellennahme des gesamten Pflegerpersonals der Provinzialanstalten wird es liegen, unsern Antrag durchzubringen. Eintritt in unsern Verband und Mitarbeit in ihm ist notwendige Pflicht. — Für das Küchen- und Wirtschaftspersonal wurde der Lohn ab 1. Januar 1923 in den einzelnen Ortsklassen auf 2300 bis 2930 M. vorläufig festgelegt. Der Vorsitzende des Fachverbandes Ränig wurde von den Verhandlungen ausgeschlossen, da von dieser Seite keine Anträge auf Abschluß eines Tarifvertrages vorlagen.

Chemnitz. In der Versammlung der Sektion „Gesundheitswesen“ am 29. Januar gab Kollege Schumann den Jahresbericht. In der Besprechung wurde hervorgehoben, daß die Haupttätigkeit der Sektionsleitung der Krankenpflegeschule gewidmet sein muß, auch wenn gewisse Kreise dieser neuen Einrichtung kein Interesse entgegenbringen. Dies sollte um so mehr Ansporn für die Kollegenschaft sein, restlos sich der staatl. Prüfung zu unterziehen. Die Sektionsleitung wurde mit einigen Änderungen einstimmig wieder gewählt.

Dresden. In der Mitgliederversammlung der Sektion „Gesundheitswesen“ am 24. Januar berichtete Kollege Heider, daß das Pflegepersonal unter die Angestelltenversicherung fällt und eine Doppelversicherung nicht nötig ist. Kollege Heider legte den Anwesenden klar, was der Rat damit bezweckt, in Zukunft statt der Beamten nur Dauerangestellte zu machen und diese unter die Angestelltenordnung zu stellen. Es kann aber erst dann das Hilfs- pflegepersonal zu Dauerangestellten aufrücken, wenn eine Beamtenstelle frei wird. Der Rat beabsichtigt, das Pflegepersonal vor allem aus dem Tarifverhältnis herauszunehmen und so der freien Gewerkschaft zu entziehen. Redner empfiehlt, nicht auf die Vorschläge des Rates einzugehen oder das Angestelltenverhältnis zu fordern. Der Mitgliederbestand der Sektion betrug am Jahresschluß im Gau Dresden 1925, davon in der Filiale Dresden 1303. In den Sektionsvorstand wurden gewählt: Vorsitzender Delle, Schriftführer Werner

Halle a. S. In der Jahresversammlung am 17. Januar gab Kollege Flücht einen Bericht über die Gesamtlöhnbewegung während des verfloffenen Jahres und den Aufschwung unserer Sektion „Gesundheitspflege“, die fast 900 Mitglieder umfaßt. Bei der Neuwahl der Sektionsleitung wurde Kollege August Treunert als Sektionsleiter, Richard Petrosky als Schriftführer gewählt. Unter „Verschiedenes“ gab Kollege Dellstäcker bekannt, daß die Baufondsmarken und die Anti-Kriegsmarken vertrieben werden müssen.

• **Verbandsteil** •

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Wie bereits in Nr. 6 der „Gewerkschaft“ bekanntgegeben, ist der Verbandsbeitrag am 4. Februar beschloffen, die Konferenz der Reichssektion „Gesundheitswesen“ Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bis zu weiteres zu verschieben.
Der Verbandsvorstand.

Abzeichen der Reichssektion Gesundheitswesen.

Die ständigen Erhöhungen der Materialpreise, Arbeitslöhne und Portofeesen machen eine weitere Erhöhung des Preises für das Abzeichen der Reichssektion „Gesundheitswesen“ notwendig. Bekleidungs- und Anhänger zum Preise von 200 M. und Radeln zum Preise von 150 M. pro Stück können nur noch abzugeben werden auf Bestellungen, die spätestens bis 15. März d. J. hier einlaufen. Für spätere Bestellungen erhöht sich der Preis für Broschen und Anhänger auf 300 M., für Radeln auf 250 M. pro Stück.

Wir empfehlen den Filialen, die Bestellungen zu sammeln und sofort bei uns aufzugeben, damit die Kollegen und Kolleginnen in der Zwischenzeit noch zu dem billigen Preis erhalten können. Bei Einzelbestellungen muß in Zukunft der Betrag für die Abzeichen und den Porto vorher eingeliefert werden.

Die Reichssektion Gesundheitswesen.

• **Rundschau** •

Zur Verhütung des Wochenbettfiebers. Von diesen Seiten wird in den Nachkriegsjahren die Zunahme von Wochenbettinfektionen gemeldet. Sie hängt mit einer ganzen Reihe verschiedenartiger Faktoren zusammen. Dr. H. Krichler in der „D. M. W.“ nennt die Grippe mit ihren eitrigen Folgeerkrankungen, die außerordentliche Verbreitung der Furunkulose, den durch die Leuerung bedingten Mangel und die sparsame Seifenverwendung, das enge Zusammenleben infolge der Wohnungsnot, ferner die fortschreitende Entleerung unseres Volkes, als Hauptursachen dieser Erscheinung. Einmalige, die bisher bei den Nachforschungen nach der Entstehung von Wochenbettinfektionen nicht gewürdigt wird, ist die verhältnismäßig noch recht große Häufigkeit von eitrigen Keimverletzungen und deren Folgen. Viele dieser Kriegsbeschädigten sind zur Eheleute, deren Frauen auf dem Höhepunkt der Fortpflanzungsmöglichkeit stehen und durch die chronischen Eiterungen ihrer Mütter in dauernder Infektionsgefahr schweben. Die Resultate der zweifachen Monographie über das Wochenbettfieber bestätigen und betonen gerade die große ursächliche Bedeutung solcher eitriger Erkrankungen bei Wöchnerinnen und Personen ihrer Umgebung für die Entstehung des Wochenbettfiebers. Die Gefahr wird erhöht durch das auf der Wunde und in der ärmeren Stadtbevölkerung durchaus allgemein jetzt noch durch die Not der Zeit bedingte und vermehrte Zusammenleben der Eheleute in einem Beth. Bleichet interessieren sich maßgebenden amtlichen Stellen für diese nicht bedeutungslose Tatsache, deren Bekämpfung durch entsprechende Aufklärung manchen Fall von Wochenbettfieber verhüten könnte.

Verband des Krankenpflegepersonals in Irland. Eine Versammlung von geprüften Krankenpflegerinnen, die am 8. November in Dublin tagte, beschloß die Gründung einer Vereinigung zum Schutz der Interessen des Krankenpflegepersonals. Der Verband soll ein eigenes Pflegerinnenheim schaffen, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gewähren und mit Hilfe der Regierung eine neue Organisation des Krankenpflegewesens durchführen.

• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

Schönheitsfehler und ihre Behandlung (Schminkt.). Von Carl-Johann E. Jekner, Adolphsberg i. B. Fünfte und letzte Auflage. Mit 111 Abbildungen. Heft 17 der „Dr. Jekners dermatologische Vorträge für Praktiker“. Verlag Curt Fiedler, Leipzig, 1923. Preis: Grundzahl 2.5, gebundene Schickelzahl 4.00. — Der größte Teil der kosmetischen Hautleiden wird durch die unrichtige Anwendung von Kosmetika hervorgerufen, wie sie durch die große und lächerliche Praxis des Dr. Jekner beliebt wurde.

Zwischen Wasser und Urwald. Erlebnis und Beobachtungen eines Strahlens in Urwald-Kontaktfeldern. Von Prof. Dr. Albert Schweitzer in Straßburg im Elß. In vier Sprachen verlegt von Paul Haupt, Bern, 1923. Preis der deutschen Ausgabe 1200 M. — Der Verfasser wollte allen Menschen Hilfe und Rettung bringen, ohne dabei die Hautfarbe oder Nation der Kranken mehr oder weniger gelten zu lassen. Er wendete den Bedürfnissen, den Eingeborenen in Französisch-Nigeria zu. In fünfjähriger Tätigkeit schuf er sich unter großen Schwierigkeiten einen eifrigen Wirkungsbereich. Die Aufzeichnungen über die Erfahrungen aus dem Urwald sind in lehrreicher Form in diesem Wert wiedergegeben.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Staatsbedienten & Ratgeber, Berlin-Schöneberg, 50. Müllerstraße 61. Druck: Schmidt-Verlag, Berlin-Schöneberg, 50. Müllerstraße 61.